

- f) Fahrzeugen, die von den zuständigen Stellen für Kanalisation, Hochwasserschutz, Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung, von den Straßenbauämtern, der Hausmüllabfuhr, den Telegramm- und Telefonanbietern, Radio- und Fernsehsendern sowie zur Erfassung von Radio- bzw. Fernsehsendern oder -geräten eingesetzt werden,
- g) Fahrzeugen mit 10 bis 17 Sitzen, die ausschließlich zur nichtgewerblichen Personenbeförderung verwendet werden,
- h) Spezialfahrzeugen, die Ausrüstungen des Zirkus- oder Schaustellergewerbes befördern,
- i) speziell ausgerüsteten Projektfahrzeugen für mobile Projekte, die hauptsächlich im Stand zu Lehrzwecken dienen,
- j) Fahrzeugen, die zum Abholen von Milch bei landwirtschaftlichen Betrieben und zur Rückgabe von Milchbehältern oder von Milcherzeugnissen für Futterzwecke an diese Betriebe verwendet werden,
- k) Spezialfahrzeugen für Geld- und/oder Werttransporte,
- l) Fahrzeugen, die zur Beförderung von tierischen Abfällen oder von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten Tierkörpern verwendet werden,
- m) Fahrzeugen, die ausschließlich auf Straßen in Güterverteilzentren wie Häfen, Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs und Eisenbahnterminals benutzt werden,
- n) Fahrzeugen, die innerhalb eines Umkreises von bis zu 50 km für die Beförderung lebender Tiere von den landwirtschaftlichen Betrieben zu den lokalen Märkten und umgekehrt oder von den Märkten zu den lokalen Schlachthäusern verwendet werden.

KAPITEL V — *Abänderungs-, Aufhebungs-, Übergangs- und Schlussbestimmungen*

(…)

Art. 7 - Der Königliche Erlass vom 13. Mai 1987 zur Ausführung der Verordnung (EWG) Nr. 3820/85 des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. Dezember 1985 über die Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr wird aufgehoben.

Artikel 1 bleibt jedoch bis zu den in Artikel 28 der Verordnung erwähnten Daten in Kraft.

Art. 8 - Im Königlichen Erlass vom 19. Juli 2000 über die Zahlung und die Hinterlegung eines Geldbetrags bei der Feststellung bestimmter Übertretungen bei der Personen- und Güterbeförderung im Straßenverkehr werden die Verweise auf oben erwähnte Verordnung (EWG) Nr. 3820/85 als Verweise auf die Verordnung angesehen.

Art. 9 - Der vorliegende Erlass tritt am 11. April 2007 in Kraft.

Art. 10 - Unser Minister der Mobilität ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Châteauneuf-de-Grasse, den 9. April 2007

ALBERT

Von Königs wegen:

Für den Minister der Mobilität, abwesend:

Der Minister der Beschäftigung und der Informatisierung
P. VANVELTHOVEN

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2008 — 3429

[C - 2008/00805]

8 JUNI 2007. — Koninklijk besluit tot uitvoering, wat de arbeidsongevallen en de beroepsziekten in de overheidssector betreft, van sommige bepalingen van de wet van 11 april 1995 tot invoering van het « handvest » van de sociaal verzekerde. — Duitse vertaling

De hiernavolgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 8 juni 2007 tot uitvoering, wat de arbeidsongevallen en de beroepsziekten in de overheidssector betreft, van sommige bepalingen van de wet van 11 april 1995 tot invoering van het « handvest » van de sociaal verzekerde (*Belgisch Staatsblad* van 22 juni 2007).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2008 — 3429

[C - 2008/00805]

8 JUIN 2007. — Arrêté royal portant exécution, en ce qui concerne les accidents du travail et les maladies professionnelles dans le secteur public, de certaines dispositions de la loi du 11 avril 1995 visant à instituer « la charte » de l'assuré social. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 8 juin 2007 portant exécution, en ce qui concerne les accidents du travail et les maladies professionnelles dans le secteur public, de certaines dispositions de la loi du 11 avril 1995 visant à instituer « la charte » de l'assuré social (*Moniteur belge* du 22 juin 2007).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2008 — 3429

[C - 2008/00805]

8. JUNI 2007 — Königlicher Erlass zur Ausführung einiger Bestimmungen, was die Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten im öffentlichen Sektor betrifft, des Gesetzes vom 11. April 1995 zur Einführung der "Charta" der Sozialversicherten — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 8. Juni 2007 zur Ausführung einiger Bestimmungen, was die Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten im öffentlichen Sektor betrifft, des Gesetzes vom 11. April 1995 zur Einführung der "Charta" der Sozialversicherten.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST PERSONAL UND ORGANISATION

8. JUNI 2007 — Königlicher Erlass zur Ausführung einiger Bestimmungen, was die Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten im öffentlichen Sektor betrifft, des Gesetzes vom 11. April 1995 zur Einführung der "Charta" der Sozialversicherten

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 11. April 1995 zur Einführung der "Charta" der Sozialversicherten, insbesondere der Artikel 3 und 13, abgeändert durch das Gesetz vom 25. Juni 1997;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 12. August 2005;

Aufgrund des Einverständnisses Unseres Ministers des Haushalts vom 15. März 2006;

Aufgrund des Protokolls Nr. 154/7 des Gemeinsamen Ausschusses für alle öffentlichen Dienste vom 20. Oktober 2006;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 41.635/1 des Staatsrates vom 30. November 2006, abgegeben in Anwendung von Artikel 84, § 1, Absatz 1, Nr. 1, der koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag Unseres Ministers des Öffentlichen Dienstes und aufgrund der Stellungnahme Unserer Minister, die im Rat darüber beraten haben,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Vorliegender Erlass ist anwendbar auf die Einrichtungen für soziale Sicherheit, die Leistungen gewähren:

1. auf der Grundlage des Gesetzes vom 3. Juli 1967 über die Vorbeugung von oder den Schadenersatz für Arbeitsunfälle, Wegeunfälle und Berufskrankheiten im öffentlichen Sektor,

2. auf der Grundlage des Königlichen Erlasses vom 24. Januar 1969 über den Schadenersatz für Arbeitsunfälle und Wegeunfälle zugunsten von Personalmitgliedern des öffentlichen Sektors,

3. auf der Grundlage des Königlichen Erlasses vom 12. Juni 1970 über den Schadenersatz für Arbeitsunfälle und Wegeunfälle zugunsten der Personalmitglieder der Einrichtungen öffentlichen Interesses, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und autonomen öffentlichen Unternehmen,

4. auf der Grundlage des Königlichen Erlasses vom 5. Januar 1971 über den Schadenersatz für Berufskrankheiten im öffentlichen Sektor.

Art. 2 - Für die Anwendung von Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes vom 11. April 1995 zur Einführung der "Charta" der Sozialversicherten versteht man unter dienlichen Informationen alle Informationen, die einem Sozialversicherten im Rahmen seines Antrags seine individuelle Lage in Bezug auf den Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit, die ihn als Opfer oder Berechtigten betreffen, erläutern können. Diese Informationen betreffen unter anderem die Anerkennung des Arbeitsunfalls oder der Berufskrankheit, die Bedingungen für den Erhalt der Leistungen und die für die Festlegung der Beträge dieser Leistungen und die Anwendung der Regeln in Sachen gleichzeitiger Bezug in Betracht gezogenen Elemente.

Art. 3 - Die in Artikel 3 Absatz 4 desselben Gesetzes erwähnte Frist von fünfundvierzig Tagen läuft ab dem Datum, an dem die Einrichtung den Antrag erhält.

Art. 4 - Die in Artikel 13 Absatz 1 desselben Gesetzes erwähnten Zahlungsformulare umfassen folgende Angaben:

1. für die Entschädigungen wegen zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit :

— die Art der Leistung,

— die Zeitspanne, der sie entspricht,

— den Betrag der Grundentlohnung, die Grundlage für die Berechnung ist,

— den Betrag des Berufssteuervorabzugs,

— den Nettobetrag,

— das Auszahlungsdatum,

2. für die erste Auszahlung der ursprünglichen oder revidierten Rente wegen bleibender Arbeitsunfähigkeit und der zusätzlichen Entschädigung, die durch die Notwendigkeit der regelmäßigen Hilfe einer Drittperson gerechtfertigt ist:

— die Art der Leistung,

— die Zeitspanne, der sie entspricht,

— den Bruttobetrag,

— den Betrag des Berufssteuervorabzugs,

— den Nettobetrag.

Der Betrag der zusätzlichen Entschädigung wird getrennt angegeben.

3. für die erste Auszahlung des definitiven Verschlimmerungszuschlags und des Sterbegelds:

— die Art der Leistung,

— die Zeitspanne, der sie entspricht,

— den Bruttobetrag,

- den Betrag des Berufssteuervorabzugs,
- den Nettobetrag,
- 4. für die Rückerstattung der Kosten:
 - die Art der Leistung,
 - den beantragten Betrag,
 - den rückerstatteten Betrag; bei globaler Rückerstattung von verschiedenen Leistungen werden diese Angaben pro Leistung detailliert,
- 5. für die Auszahlung in Kapital:
 - die Art der Leistung,
 - den Bruttobetrag,
 - den Betrag des Berufssteuervorabzugs,
 - den Nettobetrag.

Art. 5. Unsere Minister und Unsere Staatssekretäre sind, jeder für seinen Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 8. Juni 2007

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister des Öffentlichen Dienstes
Ch. DUPONT

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2008 — 3430

[C - 2008/00810]

20 DECEMBER 2007. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 9 december 2004 houdende uitvoering van de hoofdstukken VIII en IX van het koninklijk besluit van 12 maart 2003 betreffende de voorwaarden voor het gebruik van de spoorweginfrastructuur. — Duitse vertaling

De hiernavolgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 20 december 2007 tot wijziging van het koninklijk besluit van 9 december 2004 houdende uitvoering van de hoofdstukken VIII en IX van het koninklijk besluit van 12 maart 2003 betreffende de voorwaarden voor het gebruik van de spoorweginfrastructuur. (*Belgisch Staatsblad* van 30 januari 2008).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2008 — 3430

[C - 2008/00810]

20 DECEMBRE 2007. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 9 décembre 2004 portant exécution des chapitres VIII et IX de l'arrêté royal du 12 mars 2003 relatif aux conditions d'utilisation de l'infrastructure ferroviaire. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 20 décembre 2007 modifiant l'arrêté royal du 9 décembre 2004 portant exécution des chapitres VIII et IX de l'arrêté royal du 12 mars 2003 relatif aux conditions d'utilisation de l'infrastructure ferroviaire (*Moniteur belge* du 30 janvier 2008).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2008 — 3430

[C - 2008/00810]

20. DEZEMBER 2007 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 9. Dezember 2004 zur Ausführung der Kapitel VIII und IX des Königlichen Erlasses vom 12. März 2003 über die Bedingungen für die Benutzung der Eisenbahninfrastruktur — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 20. Dezember 2007 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 9. Dezember 2004 zur Ausführung der Kapitel VIII und IX des Königlichen Erlasses vom 12. März 2003 über die Bedingungen für die Benutzung der Eisenbahninfrastruktur.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

20. DEZEMBER 2007 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 9. Dezember 2004 zur Ausführung der Kapitel VIII und IX des Königlichen Erlasses vom 12. März 2003 über die Bedingungen für die Benutzung der Eisenbahninfrastruktur

ALBERT II., König der Belgier,
Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!
Aufgrund der Verfassung, insbesondere des Artikels 108;
Aufgrund des Gesetzes vom 4. Dezember 2006 über die Benutzung der Eisenbahninfrastruktur, insbesondere der Artikel 41 § 2, 43, 46 und 47;
Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 9. Dezember 2004 zur Ausführung der Kapitel VIII und IX des Königlichen Erlasses vom 12. März 2003 über die Bedingungen für die Benutzung der Eisenbahninfrastruktur;
Aufgrund der Stellungnahme des Betreibers der Eisenbahninfrastruktur;
Aufgrund der Stellungnahme der Finanzinspektion vom 23. April 2007;
Aufgrund der Beteiligung der Regionalregierungen an der Ausarbeitung des vorliegenden Erlasses;